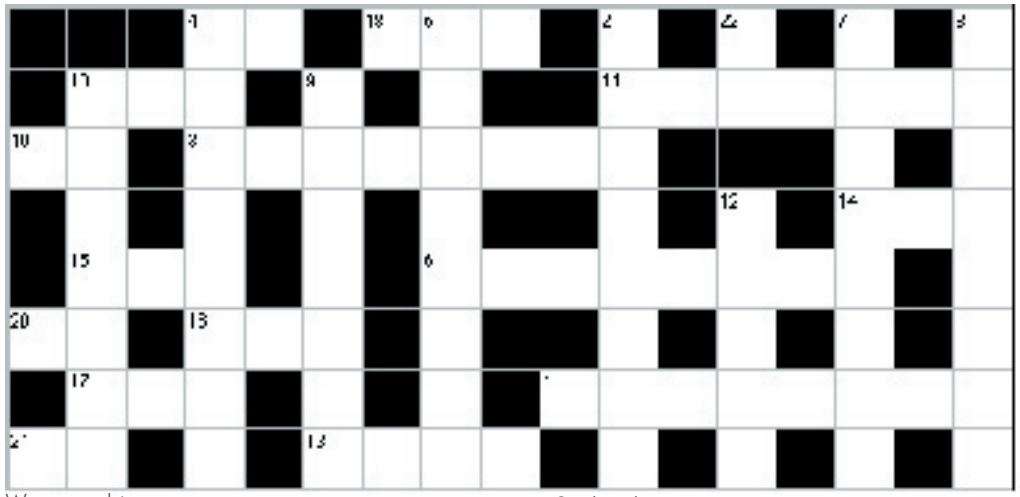


Waagerecht:
1 Vogel
3 Zigeunertanz
4 niedl. Stadt
6 Gewicht: 31,103g
10 Abk.: Bahnhof
11 Nahostbewohner
13 nordniederl. Kanal
14 poln. Nachrichtenagentur
15 iran. Stadt
16 Umfrageverfahren, Meinungsumfrage
17 naut. Befehl
18 Kfz: Aschersleben/Staßfurt
19 lat.: zweifach, doppelt
20 chem. Element: Kupfer
21 Kfz: Lüneburg

Senkrecht
2 weibl. Vorname
4 Angebot MZ.
5 Vielfalt
7 hoffnungslos
8 einwandfrei
9 scherzhafte Nachahmung
10 dt. Stadt in d. Eifel
12 Höhle
22 frz.: Gold

Wir Gratulieren:

Werner Czech, Kurt Schönfeld, Ulla Kirchner, Erika Buschek, Birgit Trenner, Bruno Jara, Tim Bandosz, Erika Fuchs, Siegfried Hoffmann, Waltraut Naujoks, Eva Sumpf, Jutta Vöckler, Werner Zeh, Heinz Bormeister, Hans Lefeld, Bernhard Ludwig, Christa Zimmermann, Alfredo Förster, Renate Poser, Horst Schmeißer

Öffnungszeiten

Montag	9-17 Uhr
Dienstag	9-17 Uhr
Mittwoch	9-13 Uhr
Donnerstag	9-17 Uhr

Linke.PDS-Geschäftsstelle
Altstadt Markt 2
14776 Brandenburg
Tel.: 0 33 81 - 22 47 33
Fax: 0 33 81 - 22 99 61
Internet: www.linkspartei-pds-stadt-brb.de
E-Mail: info@linkspartei-pds-stadt-brb.de

Impressum

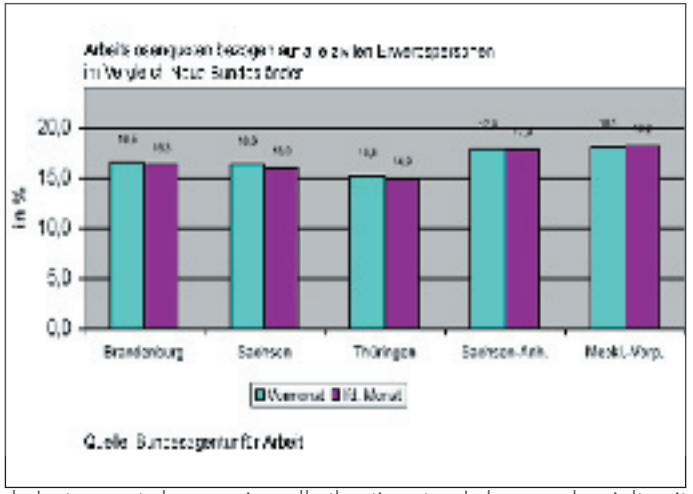
Herausgeber: Linke.PDS-Stadtverband Brandenburg
Verantw. i.s.d.P.: Silvia Hauffe
Anschrift: Altstädtischer Markt 2,
14776 Brandenburg
email: info@linkspartei-pds-stadt-brb.de
Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung und dem Stil des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redakltion behält sich das Recht zur auszugweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder übernimmt die Redaktion keine Haftung.
Nächster Redaktionsschluss 24. August 2006

DIE LINKE. PDS
HAVELbrandung
AUSGABE 5 JULI / AUGUST 2006 SPENDE ERWÜNSCHT

Kein Grund zum Jubeln

Zur Situation auf dem Arbeitsmarkt im Monat Juli

Es ist wahrlich keinen Jubeltanz wert, wenn in der Freiluftsaison die Arbeitslosenzahlen geringfügig fallen.
Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland verringert sich um 12.000. Diese Entwicklung ist jedoch eher der Strahlkraft der Sonne und statistischen Spielereien zuzuschreiben, als vernünftigen Konzepten der Regierungskoalition, Menschen in dauerhafte, Existenz sichernde Arbeit zu bringen. Denn die gibt es nach wie vor nicht.
Stattdessen sind am 1. August neue Regelungen in Kraft getreten, die Arbeitslose, vor allem Langzeitarbeitslose, noch massiver gängeln und in die Armut drängen. Wenn es nach der Arbeitgeber-Vereinigung ginge, würde die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I gekürzt werden, das ALG II als Instrument der Ausgrenzung und des Zwangs noch mehr zur Daumenschraube für Arbeitslose werden. Die Folgen dieser Politik auf dem Rücken von Arbeitslosen sind nicht zu übersehen. Allein die dramatische Zunahme der Kinderarmut müsste allen Verantwortlichen die Augen öffnen. Die Tatenlosigkeit der Regierung nimmt Kindern die Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben und spielt mit den Zukunftschancen der Gesellschaft.



Arbeitsmarktpolitik, die ihren Namen verdient, muss Menschen in Arbeit bringen und darf sich nicht an Milliardenüberschüssen der Bundesanstalt für Arbeit erfreuen. Und, sie muss gewollt sein. Deshalb fordert Die Linke.PDS:
- Neue Arbeitsplätze durch eine offensive Beschäftigungspolitik - Arbeitszeitverkürzung und Überstundenabbau - Entwicklung eines öffentlich finanzierten Beschäftigungssektors
- Überwindung von Hartz IV hin zu versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen durch die Bündelung von Mitteln aus Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.

Dietmar Bartsch (Bundesgeschäftsführer der Linkspartei.PDS)

Liebe Leserinnen und Leser

Die Redaktion der „Havelbrandung“ möchte sich bei allen Leserinnen und Lesern entschuldigen, dass unsere Zeitung über so einen langen Zeitraum nicht erschienen ist. Es lag nicht am Mangel von Artikeln, sondern am Umzug unserer Geschäftsstelle und daran, dass unser René Kretzschmar sich seinem Studium widmen musste und deshalb als Leiter ausscheiden musste. Es gab auch Probleme bei der „Software“. Wir hoffen, dass wir die „Havelbrandung“ zukünftig regelmäßig herausbringen können.
Rosi Musehold, Redaktion der „Havelbrandung“

Für einen gesetzlichen Mindestlohn!

Gemeinsame Aktion von DGB, Linkspartei.PDS und WASG

Am 30. Juni machten die Linkspartei.PDS, die WASG und der Kreisverband des DGB durch eine gemeinsame Aktion im Rahmen der Mindestlohnkampagne auf sich aufmerksam. In aller Frühe, ab 6.00 Uhr, begannen wir mit unserer gemeinsamen Aktion vor dem Hauptbahnhof. Unser Anliegen war es, den Pendlern und Reisenden Informationsmaterial zum Thema Mindestlohn anzubieten. Innerhalb der nächsten 2 Stunden gelang es uns, eine große Anzahl von unterschiedlichsten Materialien zu verteilen. Wir von der Linkspartei. PDS und der WASG hatten Lohntüten gestaltet, in denen unter anderem 8-Euroscheine als Sinnbild der Kampagne beigefügt waren. Diese Idee fand offensichtlich bei vielen Menschen Anklang. Auch die Vertreter der Gewerkschaften fanden zahlreiche Abnehmer für ihre Informationsmaterialien. Für Gespräche blieb wenig Zeit, denn die Reisenden wollten verständlicherweise schnell zu ihren Zügen bzw. zu den Straßenbahnen. Von 10 bis 14.00 Uhr setzten wir dann unsere Aktion mit gemeinsamen Infoständen auf dem Neustädtischen Markt fort. Hier ergab sich dann auch die Möglichkeit, mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern ohne Zeitdruck ins Gespräch zu kommen. Beide Parteien und die Vertreter des DGB schätzten die Aktionen an diesem Tage als gelungen ein. Inzwischen wurde beschlossen, die Kampagne fortzuführen und am 25. August wieder gemeinsam in unserer Stadt aufzutreten. Horst Maiwald



Infostand am Neustadt Markt mit der WASG und den Gewerkschaften

Dreimal abgeschnitten und immer noch zu kurz

Erwerbslose und Menschen mit geringem Einkommen müssen Koalitionspfusch ausbaden

Auf diese Formel kann man die Hartz-IV-Gesetzesarbeit der Großen Koalition bringen. Immer wieder wird an diesem schlechten Gesetz herumgedoktert, was zumeist zu Schikanen oder Leistungskürzungen für die Betroffenen, aber nicht zu einem besseren Gesetz führt.

Ab August sind nun zahlreiche Änderungen in Kraft. Dazu gehört u.a., dass die Behörden Langzeitarbeitslose regelmäßig zwischen 8 und 20 Uhr anrufen oder mit Außendienstkontrollen Angaben zu Wohn- und Lebensverhältnissen überprüfen dürfen. Weitere Änderungen betreffen eine stärkere Zweckbindung des Schonvermögens. Während Altervorsorgefreibeträge um 50 Euro pro Lebensjahr erhöht werden, wird das Ersparte, über das Langzeitarbeitlose frei verfügen können, um 50 Euro reduziert. Mit diesem „Fortentwicklungsgesetz" werden grundlegende Sozial- und Rechtsstaatsprinzipien ausgehebelt: Die verschärften Leistungskürzungen bei Ablehnung einer angebotenen „zumutbaren" Arbeit bis auf Null verstoßen gegen das grundgesetzliche Verbot der Zwangsarbeit und das Sozialstaatsprinzip. Die Umkehrung der Beweislast bei so genannten eheähnlichen Lebensgemeinschaften hebelt das gültige rechtsstaatliche Prinzip der Beweislast seitens des Klägers aus. „In dubio pro reo" – im Zweifel für den Angeklagten gilt zwar für Straftäter, nicht aber für Empfänger von Arbeitslosengeld II.

Trotz verfassungsrechtlichen Bedenken hat die Bundesregierung mit Hilfe von SPD- und Unionsfraktion die entsprechenden Änderungen durchgepeitscht. Vergeblich hat die Fraktion DIE LINKE. auf die Stockfehler und unsozialen Verschärfungen der Gesetzgebung hingewiesen und entsprechende Änderungen angemahnt.

Rechtlich unsaubere Gesetze und die Aushebelung grundgesetzlich geschützter Normen – diesen Koalitionspfusch müssen nun erneut Erwerbslose und Menschen mit geringem Einkommen ausbaden.

Katja Kipping (MdB, stellvertretende Parteivorsitzende)

Von Sportfreunden und Demokratiemuffeln

Kolumne von Jahn Korte

Der Fußball-WM konnte sich in diesem Jahr fast niemand entziehen. Ich nicht und auch nicht das Team in meinem Büro, das sonst nicht gerade für ausufernde Sportbegeisterung bekannt ist. Das mag daran liegen, dass auch der Sportmuffel von der durchaus guten Stimmung angesteckt wurde.

Gute Stimmung nach dem Motto „Die Welt zu Gast bei Freunden" herrschte jedoch nicht überall. Das mussten insbesondere zwei Teams der Streetfootballworld aus Nigeria und Ghana erfahren. Das Auswärtige Amt verweigerte den Jugendlichen die Einreise nach Deutschland, weil der Behördenschimmel den Verdacht hatte, dass die Jungs nicht mehr nach Hause zurückkehren würden. Die Jugendlichen würden zu Hause nicht in geordneten Verhältnissen leben, monierte Staatssekretär Erler (SPD).

Das ist eine, wie ich finde, absurde Argumentation. Schließlich wurden gerade Straßenkinder zur Streetfootballworld eingeladen. Der Fußball sollte seinen integrierenden Einfluss geltend machen und den Jugendlichen eine Perspektive geben. Als ich in einem Brief an den Außenminister eine Einreiseerlaubnis für die beiden Teams forderte und nach den Gründen für die Verweigerung fragte, bekam ich einen Hinweis, dass einer der Jugendlichen in einem Gespräch in der Botschaft seinen Wunsch geäußert hatte, in Deutschland als Profifußballer entdeckt zu werden. Sicher ein Wunsch, den viele Kinder in dem Alter haben. Für das Auswärtige Amt ein Grund, die Einreise nach Deutschland zu verweigern. Das Straßenfußball-Fest fand am Ende ohne die beiden Teams statt.

Die Koalition hat die Weltmeisterschaft aber nicht nur genutzt, um Kinder aus Nigeria und Ghana abblitzen zu lassen. Gleich ein ganzes Paket an Einschnitten wurde zwischen den Spielen verabschiedet. Gesundheitsreform, Föderalismusreform, Steuerreform. Alles Reformen, die den Namen nicht verdienen, denn es sind allesamt Umverteilungsprogramme von unten nach oben. Aber auch von anderer Stelle droht Gefahr. Erst wurden von Rot-Grün Grundrechte eingeschränkt, um den Terrorismus zu bekämpfen. Jetzt legt die Große Koalition nach und will die Befugnisse von Verfassungsschutz, MAD und BND erweitern. Man kann hier wirklich von einem Dammbruch sprechen. Nach dem vermeintlichen Ausnahmefall Terrorbekämpfung wird die Schnüffelei nun zum Alltagsinstrument. In einem demokratischen Gemeinwesen müssen die Bürgerinnen und Bürger eigentlich vor dem ungenierten Zugriff der Schlapphüte geschützt werden. Das findet jedoch nicht statt. Der skandalgebeutelte BND verfolgt künftig Straftaten im Inland, der Verfassungsschutz hackt Computer, nimmt Polizeiaufgaben war und bedient sich großzügig an Datenbeständen von Banken, Telefonanbietern und der Post. Das rüttelt an den Grundfesten der Demokratie. Die Geheimdienste sind de facto kontrollfreie Räume, die es in einem freien, demokratischen Land nicht geben darf. Wenn der Trend fortdauert, Polizei- und Geheimdienstaufgaben zu vermischen, dann wird der Verfassungsschutz irgendwann Strafzettel schreiben und behaupten, es würde der Terrorismusbekämpfung dienen.

Dr. Dagmar Enkelmann übernimmt Patenschaft

Noch in diesem Jahr wird Julia Biesen aus Neuenhagen (Landkreis Märkisch-Oderland) in die USA reisen – dank des Parlamentarischen Patenschaftsprogramms des Deutschen Bundestages.

Die junge Bankkauffrau, die ihre Berufausbildung gerade erst erfolgreich beendet hat, erhält nun die Chance, in einem berufsorientierten Praktikum ihre Kenntnisse im Ausland bis 2007 zu vervollkommnen. Patin ist die Parlamentarische Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion „Die Linke" Dr. Dagmar Enkelmann, aus deren Wahlkreis Julia Biesen stammt. Auch für das Jahr 2007/2008 gibt es die Möglichkeit für junge Leute mit abgeschlossener Berufausbildung, sich beim Parlamentarischen Austauschprogramm zu bewerben. Für die Bewerbung benötigen die Jugendlichen eine Bewerbungskarte. Diese muss bis spätestens 1. September 2006 bei der zuständigen Austauschorganisation eingegangen sein.

Umfassende Informationen und Bewerbungskarten stellt der Deutsche Bundestag im Internet unter www.bundestag.de/ppp zur Verfügung. Gern helfen auch die Wahlkreisbüros von Dr. Dagmar Enkelmann in Strausberg, Wallstr. 08, Tel. 03341/303984, oder Bernau, Berliner Str. 17, Tel. 03338/459543 weiter.



Drei Fragen an die Bundeskanzlerin

Die Antwort auf die Kinderarmut lautet: Kindergrundsicherung



Angesichts der neuen Statistiken der Bundesagentur für Arbeit über den derzeitigen Stand der Kinderarmut in Höhe von 2,5 Mio erklärt die kinder- und jugendpolitische Sprecherin, Diana Golze:
„Der Kampf gegen die Kinderarmut gehört zu den politischen Schwerpunkten der Fraktion DIE LINKE. Im Juni haben die Linken deshalb ein Konzept für den Einstieg in eine bedarfsorientierte Kindergrundsicherung vorgelegt. Wir wollen alle Kinder aus der Sozialhilfe herausholen. Alle Kinder unter 18 Jahren sollen in Zukunft ein Kindergeld erhalten, das ihnen in voller Höhe zugute kommt. Gleichzeitig wollen wir den Kinderzuschlag zu einem einkommensabhängigen Instrument ausbauen, das jedem Kind mindestens den Zugang zu einem soziokulturellen Existenzminimum in Höhe von 420 Euro garantiert. Nach unseren Berechnungen würden von diesem Konzept ca. 2,1 Millionen Familien mit 3,1 Millionen Kindern profitieren. Unser Konzept ist im Vergleich zum heutigen Kinderzuschlag sehr viel einfacher und garantiert den Betroffenen ein Armut verhinderndes Leistungsniveau. Es ist ohne weiteres finanzierbar. Schließlich ermöglicht es erhebliche Einsparungen bei Sozialgeld und Arbeitslosengeld II. Für den Einstieg rechnen wir mit Mehrkosten von etwa 3,5 Milliarden Euro. Das beste Rezept gegen die Arbeitslosigkeit von morgen ist die Armutsverhinderung von heute. Insofern ist die Verhinderung von Kinderarmut eine Investition in die Zukunft, die perspektivisch die sozialen Kassen entlasten und stabilisieren wird. Diana Golze hält die jüngsten Statistiken zur Kinderarmut in Deutschland trotz ihrer enormen Höhe für eine Untertreibung. „Die Bundesagentur erfasst ja nur diejenigen, die auf dem Armutsniveau von Hartz IV leben. Bei einer realistischen Armutsdefinition, wie sie zum Beispiel die Europäische Union anwendet, müsste die Bundesregierung eingestehen, dass in einem der reichsten Länder der Welt jedes 5. Kind in Armut lebt. 3 Millionen Kindern unter 18 Jahren wird die Erfüllung elementarster Bedürfnisse verwehrt. Die Bundesregierung schaut tatenlos zu.

Immer wieder Neuigkeiten in unserer Stadt

Die Weltmeisterschaft im Fußball ist vorbei, auch die längsten Jubelschreie über den 3. Platz des deutschen Teams verhallt. Kommt jetzt das „Sommerloch" für die Medien?
Aber hier doch nicht bei uns in Brandenburg! Wir führen eine weltbewegende Diskussion: Wie kann unsere OB schnellstens zu einer Amtskette im Wert von 10.000 Euro kommen? In der Sondersitzung des Ältestenrates unserer Stadtverordneten – in der Sommerpause für unsere Abgeordneten – kam das Thema auf den Tisch. Entschieden wurde dort noch nichts, zu groß war die Empörung der Brandenburger über diesen unverständlichen Wunsch in einer Zeit, in der die Haushaltspläne in der Stadt, im Land und in Deutschland insgesamt überall ein Defizit aufweisen. Nur gut, dass unser Alfredo Förster diese unmögliche Geschichte an das Licht der Öffentlichkeit brachte – allerdings von der CDU als Buh-Mann beschimpft. Erstaunlich – nun soll das kostbare Stück aus Spendengeldern finanziert werden! Wer sind denn da Spender? Unternehmer, die CDU–Mitglieder sind, kämen dafür in Frage. Wenn sich allerdings auch die Sparkasse daran beteiligen will, dann hätten sicher viele ihrer Kunden etwas dagegen. Da steht aber auch noch ein weiteres ausgabenträchtiges Thema auf der Tagesordnung: Der Ausbau unserer Regattastrecke, damit sie für Europa– und Weltmeisterschaften genutzt werden kann. Über 5 Millionen Euro sind dafür notwendig. Erste und wichtigste Frage: Gibt es dafür Fördermittel? Ohne diese ist das an sich sehr interessante Vorhaben nicht finanzierbar.
Aber wie heißt es doch so schön: Alle guten Dinge sind drei. 850 Jahre Mark Brandenburg - davon wird in unserer Stadt schon seit langem gesprochen, bei der Landesregierung in Potsdam aber nicht so sehr. Sicher, unsere Stadt gab dem Land den Namen, blickt auf das stattliche Alter von mehr als 1.000 Jahre zurück. Aber unsere Kassen sind leer, die Anzahl der Einwohner hat sich in 16 Jahren um mehr als 20.000 verringert und die Prognosen auf diesem Gebiet sehen alles andere als rosig aus. Es muss geklärt werden, ob Brandenburg ab 2008 noch kreisfreie Stadt ist. Also sollte man keine vollmundigen Versprechen für entsprechende Festveranstaltungen in Brandenburg abgeben, wenn es keine sichere finanzielle Basis gibt. Wie war doch neulich im Regional–Rundfunksender im Gespräch zwischen Friedrich dem Großen (oder auch dem alten Fritz) und dem Müller von Sanssouci über die deutsche Flagge zu hören: Gold, das ist längst „versilbert", rot, das sind die Zahlen in den Haushaltsbilanzen und schwarz sehen wir für unsere Zukunft! Das stimmt, wenn die CDU/SPD Koalition so weiter macht! Da müssen wir „Linken" mit all unseren Freunden schon alle Kraft einsetzten, um dies zu ändern! E. A.

Hier sind wir, warum seid Ihr so anders?
Ein Motto, was neugierig macht!

Am 09.07.06 wurde in der Kunsthalle Brennabor (Geschwister-Scholl-Straße) ein bisher einmaliges Projekt gestartet.
Unter der organisatorischen Leitung des Theaters unserer Havelstadt und des Behindertenbeirates der Stadt Brandenburg wurde eine Ausstellung von Bildern, Skulpturen und Keramiken von Menschen mit psychischer, geistiger oder körperlicher Behinderung organisiert. Die Idee zu diesem Projekt fand ein breites Echo bei Einrichtungen, in denen Menschen mit Behinderung leben und arbeiten.
In der Ausstellung sind u.a. Werke von Vertretern der Lebenshilfe, des ASB, der Kunstgalerie „Sonnensegel", der Förderschule „Am Marienberg", der „Theodor–Fliedner–Werkstätten in Schmerzke, Vertretern von Selbsthilfegruppen u.a. zu sehen. Diese Ausstellung bietet eine Möglichkeit, Menschen in den Blickpunkt der Öffentlichkeit zu rücken, die sonst eher unbeachtet von der Gesellschaft leben.
Die Ausstellung ist noch bis 27.08.06 in der Kunsthalle Brennabor (auf dem Gelände der Agentur für Arbeit in der Geschwister-Scholl-Straße) zu sehen.
Geöffnet ist die Kunsthalle Mittwoch – Sonnabend vo 14.00-20.00 Uhr. Ein Besuch lohnt sich! Kerstin Huch

Ein Tag mit Diana Golze im Wahlkreis

Nicht nur im Wahlkampf nach Borkheide

Am 9.Juni besuchte ich im Rahmen einer Wahlkreistour mehrere Einrichtungen, unter anderem die Freie Schule in Lübnitz, einem Ortsteil von Belzig. In der kleinen Schule werden zurzeit 13. Mädchen und Jungen unterrichtet. Dort sprach ich mit den Lehrerinnen und Kindern und informierte mich über die Einrichtung. In der Diskussion ging es unter anderem um Fördermöglichkeiten für die Bildungsstätte.

In der Schule werden die Schüler naturbezogen und praxisorientiert unterrichtet. So erinnert der Schulhof an einen Bauernhof. Er beherbergt ein Tiergehege, das für den Biologieunterricht genutzt wird. Zudem gibt es einen „Laden für Mathematik“ und eine Werkstatt für Arbeitslehre. Eine schuleigene Bäckerei wird gerade errichtet.

Auch in den Unterrichtsräumen ist die praktische Ausrichtung der Schule zu erkennen. Im gesamten Schulgebäude sind sämtliche Gegenstände mit Zetteln gekennzeichnet, auf denen die jeweilige englische Bezeichnung steht.

Aus dem Gespräch mit den Lehrerinnen konnte ich entnehmen, dass die Schüler keine Probleme haben, wenn sie auf eine andere bzw. eine weiterführende Schule wechseln. Außergewöhnlich ist auch das Engagement der Eltern. In den ersten beiden Jahren trugen sie sämtliche Kosten der Schule selbst. Zum Abschluss meines Besuches lud ich die Schüler und Lehrer nach Berlin in den Bundestag ein. Eine weitere Station meiner Wahlkreistour an diesem Tage war das Kinderhaus in Schmerwitz. Dort werden zurzeit neun Mädchen und Jungen betreut, deren Eltern Schwierigkeiten mit ihren Kindern haben, weil sie z.B. in einer schwierigen Lebenssituation stecken. Im Gespräch mit den beiden Erzieherinnen erfuhr ich, dass auf dem ganzen Gelände Drogenverbot herrscht. Die Erzieherinnen kümmern sich auch um den regelmäßigen Schulbesuch ihrer Schützlinge. Im Kinderhaus werden die Mädchen und Jungen auch in der Freizeit beschäftigt.

Am Nachmittag verteilten meine Mitstreiter und ich an einem Infostand in Borkheide Infomaterial und kamen mit Passanten ins Gespräch. Überrascht war ich, als ein Bürger mir plötzlich einen Blumenstrauß schenkte. Ich staunte als er sagte: „Ich finde es toll, dass Sie nicht nur im Wahlkampf nach Borkheide kommen, sondern sich hier auch im politischen Alltag sehen lassen“. Bei der Abendveranstaltung in der Belziger „Geschwister-Scholl-Schule“ ging es um Fragen der Kinder- und Jugendpolitik. Etliche Anwesende klagten in der Diskussion, dass sie sich in Sachen Kindererziehung von Staat und Politik allein gelassen fühlen. Sorgenvoll berichteten sie über die zunehmende Gewalt an Schulen und über finanzielle Nöte durch Hartz IV. Konkrete Anliegen der Eltern werde ich in der Kinderkommission des Bundestages zur Sprache bringen. Diana Golze

Zentrale Anti-Terror-Datei: Ein Fall für Karlsruhe

Das Bundesinnenministerium habe sich mit den Landes-Innenministerien auf eine „zentrale Anti-Terror-Datei“ geeinigt, wird gemeldet. Dazu erklärt Petra Pau, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. und Mitglied im Innenausschuss: Die geplante Zentral-Datei dürfte zwiefach mit dem Grundgesetz kollidieren. Zum einen hebt sie das Trennungsgebot zwischen Geheimdiensten und Polizei auf. Zum zweiten bündelt sie ungebührlich viele und vielfältige Daten. Auf die zentrale Anti-Terror-Datei sollen die deutschen Geheimdienste und die verschiedenen Kriminalämter gleichermaßen Zugriff haben. Das ist rechtswidrig. Die Anti-Terror-Datei soll mit allerlei persönlichen Angaben über Verdächtige und ihr Umfeld gefüttert werden, einschließlich Bank- und Kommunikations-Daten. Das ist grenzenlos. Die Unionsparteien wollten diese Datei. Die SPD signalisiert Zustimmung. DIE LINKE. ist als Bürgerrechtspartei dagegen. Zur Erinnerung: Nahezu alle bisherigen Anti-Terror-Gesetze wurden vom Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe moniert oder kassiert. Ich prophezeie: Der geplanten zentralen Anti-Terror-Datei wird es ähnlich ergehen.

Landesgartenschau ist eine Wucht

Farbenpracht, Musik und Blumen bilden eine Einheit

Bei herrlichem Wetter fuhren Genosinnen, Genossen und Freunde der AG Senioren der Linkspartei am 15. Juni 2006 mit dem Bus zur Landesgartenschau (LAGA) nach Rathenow.

Unsere Bundestagsabgeordnete Diana Golze und ihr Mitarbeiter Hendrik Öchsle erwarteten uns bereits. Das Maskottchen der Landesgartenschau, der Havelbiber, und eine Mitarbeiterin der LAGA gesellten



Farbenpracht auf der Landesgartenschau in Rathenow

sich nach der Begrüßung zu uns. Die Mitarbeiterin erklärte uns in einem Rundgang die ganze Anlage mit ihren Programmen, der Mühle mit dem grünen Klassenzimmer, der Glasbläserei, der Freilichtbühne und des Gaststättenzeltes. Danach ging es durch das wunderschöne Parkgelände mit dem dazugehörigen Spielplatz. Farbenpracht, Musik und Blumen bilden eine Einheit. In farbig gestalteten Zelten konnte man wunderschönen Klängen lauschen. Wasserspiele und Pyramiden in Regenbogenfarben bildeten mit den Blumen ein harmonisches Bild.

Zum Mittagessen erholten wir uns im Zelt bei „Live-Musik“ von der Bühne.

Viele von uns waren dann schon sehr müde. Aber das Schloss und den Park Nennhausen wollten wir dann doch noch sehen. Der Besuch der LAGA war ein schönes Erlebnis und wir danken Otto Mehlhase und seinen Mitorganisatoren. Im Allgemeinen war es ein wunderschönes Erlebnis und wir hatten einen schönen Tag. Rosi Musehold

Brandenburg wird schöner

4,5 Mio. Zuschüsse vom Land hat Landesbauminister Szymanski unserer OB für städtebaulichen Denkmalschutz versprochen. Altst. Rathaus, Packhof, Salzhofuferpromenade und Dom werden dabei bedacht, sodass nur 20 Prozent Eigenmittel unserer Stadt dazu notwendig sind. Innerhalb von 4 Jahren können die entsprechenden Vorhaben in Angriff genommen werden. Als erstes soll das Altst. Rathaus bis September 2007 fertig sein. Die Umgestaltung des Salzhofufers wird dann erst beginnen. Edith Altenkirch

Was wäre wenn ...

In Polen haben Zwillingsbrüder die beiden obersten Staatsämter fest in ihren Händen.

Was wäre wohl mit der Funktion des Bürgermeisters in unserer Stadt, wenn unsere OB in der CDU noch eine Zwillingsschwester hätte?

Edith Altenkirch



Selber entscheiden und selber mitmachen!
Als Mitglied der Linkspartei.
Denn nur eine starke Partei kann sich stark machen!!!
Im Internet unter www.sozialisten.de
oder in der Geschäftsstelle
am Altstadt Markt 2,
14776 Brandenburg,
telefonisch 03381/22 47 33



Viel Spaß gab es auch beim diesjährigen Kinderfest im Waldcafé